

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419.]

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **M. 1,60.** Monatlich **55 Pf.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Pettzeile oder deren Raum **15 Pf.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pf.**, auswärtige Anzeigen **20 Pf.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 253.

Freitag, den 29. Oktober 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Adliges.

Unter dieser Ueberschrift lesen wir in der „Volks-Zeitung“:

„Die „Kreuz-Zeitung“ liest der staunenden Welt ein wunderbares Kolleg über den allgemeinen Nutzen des preussischen Junkerthums. Leider besitzen wir, um in ihrer farbenprächtigen Tonart zu reden, „für die Bedeutung dieser geschichtlich feststehenden Thatsache keinen Sinn und kein Verständnis“. Die „weltgeschichtlichen Verdienste unvergleichlicher Art“, welche das Organ der Junkerpartei diesem „Stand“ andichtet, vermögen nun einmal „schlicht Bürgerliche“ auch mit stark bewaffnetem Auge nicht zu erkennen. Daran wird auch das Selbstlob der „Kreuz-Zeitung“ nichts ändern. Geschichtlich feststehende Thatsachen lassen sich nicht dadurch beseitigen, daß man das Gegentheil mit schillernden Superlativen behauptet.

Als Gegenleistung für diese eigenartige historische Vorlesung wollen wir der „Kreuz-Zeitung“ aber doch einige Aussprüche von Autoritäten serviren, auf die sie sich selbst, mit gutem aber unfreiwilligem Humor, beruft. Nach dem frommen Blatte haben nicht bloß preussische Junker, sondern auch einige nichtpreussische, z. B. Stein und Wolke, besagte unsterbliche Thaten ausgeführt. Nun hat aber der Regenerator des preussischen Staatswesens, dessen Verfall das Junkerthum auf dem Kerbholz hat, fast genau vor 90 Jahren in einer Berathung mit anderen gleichgesinnten Männern den Vorschlag gemacht, die Aufhebung des Adels zu proklamiren und jedenfall die Grundsteuerfreiheit adliger Güter und die Patrimonialgerichtsbarkeit beseitigt. Wie gefallen der „Kreuz-Zeitung“ die Worte aus dem Finanzedikt vom 27. Februar 1810?

„Wir hoffen, daß diejenigen, auf welche diese Maßregeln Anwendung finden, sich damit beruhigen werden, daß künftig der Bewußtsein sie nicht weiter treffen kann, daß sie sich auf Kosten ihrer Mitunterthanen öffentlichen Lasten entziehen.“

Ja, der Freiherr v. Stein ist ein klassischer Schwurzeuge! Schrieb er doch einmal:

„Diese große Menge armen gütelosen oder verschuldeten Adels in Preußen ist dem Staate außerordentlich lästig. Er ist ungebildet, hilflos, anmaßend; er drängt sich in alle Stellen vom Hofmarschall bis zum Posthalter; er steht allen übrigen Bürgerklassen durch die Stellen, die er ihnen entzieht, durch die Ansprüche, die er aufstellt, im Wege und er stürzt unter sie durch seine Armut und seine wenige Bildung herunter.“

Dieser Mann muß offenbar von den unsterblichen Verdiensten des Junkerthums auch keine blasse Ahnung gehabt haben, trotzdem er Reichsfreiherr war und nicht gleich uns zur bürgerlichen Kanaille gehörte. Sonst könnte er von den kurmärkischen Adligen nicht geschrieben haben:

„Es ist schwer, mehr üblen Willen und Mißthellung in dem Grade vereinigt zu finden, als bei ihnen.“

Oder sollen wir Hardenberg's Bemerkungen über die Beschwerde der Edlen v. d. Marwitz und Graf Finckenstein zitiren, wo es u. A. heißt:

„Bin ich weniger Edelmann, wenn ich mit meinen Mitbürgern gleiche Lasten trage, wenn ich über diese keinen Druck ausüben darf... Ihr wollt von Ungeliebten reden? Wer sind die Ungeliebten? Könnte man die Rittergutsbesitzer, welche die Anstifter dieser Darstellung waren, nicht vor allen Anderen dazu zählen?“

In ihrer Verzweiflung darüber, daß die unsterblichen Junker dem deutschen Michel so gar nicht mehr imponiren, beruft sich die „Kreuz-Zeitung“ — man höre und staune! — auf England! Dort schäme man die großen Leistungen der Aristokratie auf politischem Gebiete. Vielleicht gestattet uns das Junkerorgan zur Vermehrung seiner historischen Kenntnisse noch einige darauf bezügliche Aussprüche anzuführen. Sie kommen aus rein-adligem Munde. L. v. Wincke, der spätere Oberpräsident von Westfalen, schreibt an Stein aus Manchester (8. August 1808) nach einer Betrachtung über den Patriotismus bei Einführung der englischen Einkommensteuer u. A.:

„Jeder weitest mit dem Andern, das Gouvernement in jeder Weise zu unterstützen und durch eigene Anopferung zu befestigen; dagegen der größere Haufe unseres Adels noch immer rühmt, der Staat könne nicht bestehen ohne seine unbedingte Exemption (Befreiung) von allen wesentlichen Beiträgen, ohne Druck und Dienstbarkeit der anderen Stände und die geringste Abänderung und Nachgiebigkeit müsse unsehbar den Zusammenbruch zur Folge haben und wie viel würde nicht dazu gehören, den dummen Glauben auszurotten, daß dies Alles bis

an's Ende der Welt stehen bleiben werde, daß es daher thöricht sein würde, Etwas auszuopfern, um sich das Wesentliche zu erhalten.“

Und noch deutlicher wurde Graf Schwerin im Abgeordnetenhaus (30. November 1868) als er daselbst ausrief:

„Der Unterschied zwischen der englischen und unserer Aristokratie ist der, daß die großen Familien in England stets an der Spitze der Freiheit standen, während man bei uns die Spitzen der alten Familien immer nur da sieht, wo es sich um Erhaltung von Privilegien handelt.“

Allerdings ein kleiner Unterschied; aber er gilt noch heute. Das Junkerthum und sein Organ, sie haben nichts gelernt und nichts vergessen.“

## Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Bundesrath hat in der Sitzung vom 21. d. M. beschlossen, daß 1) die für ausgeführten und zur Essigbereitung verwendeten Brauntwein zugestandene Brennsteuervergütung von 0,06 M. für jedes Liter reinen Alkohols bis auf Weiteres unverändert bleibt; 2) für denjenigen Brauntwein, der mit dem allgemeinen Denaturierungsmittel denaturirt wird, vom 1. Novbr. d. J. ab statt der bisherigen Brennsteuervergütung von 0,015 M. eine solche von 0,025 M. für jedes Liter reinen Alkohols gewährt werde.

Zur Flottenfrage. Die „Köln. Ztg.“ zerbricht sich in einem Leitartikel von zwei Spalten den Kopf darüber, in welchem Umfange die zu bewilligenden neuen Kriegsschiffe den Staatswerften und den Privatwerften zu übertragen sind. Die „Köln. Ztg.“ will den Privatwerften den Vorzug geben und stellt es so dar, als ob die Zuteilung an die Privatwerften im Stande wäre, „den bitteren metallischen Nachgeschmack der Marinevorlage abzuschwächen.“ — Die Zuteilung an Privatwerften mag ja für Herrn Krupp, der unlängst eine solche Werft in Kiel erworben und erweitert hat, von großem finanziellem Interesse sein, aber die Interessen des Herrn Krupp und ähnlicher Großindustriellen sind nicht gleichbedeutend mit den Interessen der Gesamtheit der Steuerzahler. — Uebrigens entnehmen wir aus dem betreffenden Artikel der „Kölnischen Zeitung“ das für Jeden interessante Eingeständniß, daß man für die Zuteilung von Schiffsbauten an die Staatswerften nicht anrühren dürfe, daß andernfalls Arbeiterpersonal auf den Staatswerften entlassen werden müßte. Solche Arbeiter würden bei der Privatindustrie jederzeit leicht ein Unterkommen finden. — Diese Versicherung wollen wir uns merken für den Fall, daß man wieder einmal seitens der Marineverwaltung für die Neubewilligung von Kriegsschiffen die Nothwendigkeit anführt, die Arbeiter auf den Staatswerften fortgesetzt in dem bisherigen Umfange zu beschäftigen.

Zur Naturgeschichte der Landräthe. Die Fälle, in denen preussische Landräthe sich Ueberschreitungen ihrer Befugnisse erlauben, ohne viel nach gesetzlichen Bestimmungen zu fragen, wehren sich in recht bedenklicher Weise und erregen die Aufmerksamkeit auch solcher Kreise, die bisher diese Spezies des preussischen Verwaltungsbeamtenthums noch nicht nach ihrem wahren Werth gewürdigt haben. Kenner der Verwaltungsverhältnisse sind durch das landrätliche Vorgehen nicht überrascht; sie wissen längst, daß von einem preussischen Landrathe weniger genaue Kenntniß der Gesetze als eine ausreichende Schneidigkeit im Befehlen verlangt wird. Das ist längst von solchen Leuten zugegeben worden, die als Sachverständige unzweifelhaft volles Vertrauen verdienen. So hat beispielsweise der alte Meyer (Arnsvalde), selbst lange Zeit Landrath, bereits im Jahre 1871 im preussischen Abgeordnetenhaus eine Charakteristik seiner Kollegen gegeben — und zwar in wohlmeinendster Absicht — wie sie schöner und boshafter ein demokratischer „Nörgler“ auch nicht zu liefern möchte. Er meinte ganz harmlos:

„Wir haben viele Kreise, in denen Landräthe ehemalige Offiziere sind; das sind, nebenbei gesagt, gar nicht die schlechtesten, das sind eigentlich die einzigen, die wirklich befehlen gelernt haben. Wir anderen werden von Jugend an daran gewöhnt, nur zu befehlen mit Angabe von Gründen; das ist ja meistens sehr schön, aber unter Umständen auch sehr unrichtig. Die ihre Gründe beim Befehlen nicht sagen, die haben am Besten befehlen gelernt, und das sind vorzugsweise die Offiziere. Aus diesem Grunde halte ich die Offiziere nicht für die schlechtesten Landräthe, im Gegentheil. Aber, meine Herren, wenn sie der Kommission vorliegen sollen, von der hier die Rede ist, dann bitte ich doch, sich zu vergegenwärtigen, wie die Sache kommen wird. Sie sollen höchst verwickelte Rechtsfragen entscheiden, und da

bitte ich doch zu bedenken, was daraus entstehen wird. Werden sie nicht mitunter einigen Unsin in die Welt auslaufen lassen?“

Wenn wichtige Verwaltungsgüter, wie sie ja doch in der That die der Landräthe sind, von so unzulänglichen Kräften verwaltet werden, dann braucht man sich wahrlich nicht zu wundern, wenn deren Maßnahmen weniger auf dem Gesetz, das sie vielfach wohl gar nicht einmal genau kennen, basiren, als auf ihrem üblichen Bestreben, sich als brauchbare Stützen von Thron und Altar zu bewähren. Da kommt es denn zu Mißgriffen, die nicht allein in weiten Kreisen Mißmuth und Unzufriedenheit erregen, sondern auch, da sie ja umgekehrt werden müssen, die Autorität der Regierung, welche die Herren vertreten sollen, auf's Schwerste zu erschüttern geeignet sind. —

Genosse Liebknecht hatte bei der Staatsanwaltschaft in Breslau den Antrag gestellt, seine Strafe nicht in Breslau, sondern in Ploßensee verbüßen zu dürfen. Dieser Antrag ist genehmigt worden. Ein Termin für den Antritt der Strafe ist noch nicht festgesetzt.

Zu den Hansestädten bereitet man, den „Berliner Politischen Nachrichten“ zufolge, die einleitenden Schritte vor, um ständige Schiedsgerichte zur Entscheidung von Ansprüchen aus Schiffskollisionen einzurichten.

Aus dem Reichsversicherungsamt. Obschon die Unfall- und Verwaltungsabtheilung im Reichsversicherungsamt unter dem Direktor Warrnus vereinigt worden ist, wird, wie die „Volksztg.“ erfährt, nach dem Ausscheiden des Geheimraths Dr. Sarrasin die Unfallabtheilung doch wieder einen besonderen Dirigenten erhalten, welcher diese Abtheilung aber thatsächlich unter Direktor Warrnus dirigiren wird. Als Dirigent dieser Abtheilung ist Geheimrath Dr. Kries in Aussicht genommen worden, obschon die Geheimräthe Besserer und Graef länger im Amte sind, als er. Geheimrath Dr. Kries ist auch schriftstellerisch thätig gewesen und hat auf dem Gebiete der Unfallversicherung eine Reihe von Abhandlungen geschrieben. Die Ernennung der Regierungsräthe Hartmann und Bielefeldt zu Geh. Räten wird in kurzer Zeit erwartet.

Ueber Hammacher, den parlamentsmüden, schreibt die „Leipz. Volksztg.“:

„Die panische Furcht der alt-liberalen Fraktionsleute vor den national-liberalen Agrariern ist ein lehrreiches Merkzeichen der politischen Entwicklung. Der National-liberalismus ist nur noch eine Filiale der konservativ-bünderischen Gruppen. Hammacher, der am 1. Mai 1824 in Essen geboren, ist, gehört zu den eifrigsten Wortführern der Interessen des Industrie- und Bankkapitals. 1848 noch sehr radikal, ein Freund Linings, des Herausgebers des Westfälischen Dampfbootes, an dem Warg und Engels mitarbeiteten, hat er sich allmählich zum Parteigänger des großkapitalistischen Liberalismus entfaltet und als Bergwerksbesitzer u. ein Millionenvermögen aufgehäuft.“

Hammacher war ein guter, schwungvoller Parlamentsredner; er, der Champion des mobilen Kapitals, vereinfachte unter den Hehl, Oriola, Haffe, die nichts sind als die Kulis der Junkerschaft.“

Wie Preußen in Süddeutschland moralische Eroberungen macht, zeigen die Aeußerungen der süddeutschen Presse über verschiedene preussische Tagesereignisse der neuesten Zeit. Zu dem bekannten Prozesse des Gemeindevorsteher, dem sein Landrath einen „dummen Schulzen“ an den Kopf geworfen hatte, bemerkt ein so gemäßigtes Blatt wie die „Münch. Allg. Ztg.“:

„Es bleibt einigemal unverkündet, wie sich die Preussische Regierung im beregten Falle für Erhebung des Kompetenzkonfliktes entscheiden konnte. Wiederholt sind ähnliche Fälle vorgekommen und wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß ein so bedauerlich ungeschicktes Verfahren Personen vor den Kopf stoßen muß, welche Lichtigkeit des preussischen Beamtenhums im Allgemeinen voll auf zu würdigen wissen. Man möge sich doch nicht verhehlen, daß Fälle, wie der geschilderte, nicht auf einen kleinen Kreis beschränkt bleiben, sondern durch die Presse in die entgegenstehenden Winkel des Reiches getragen werden! Man muß sich ferner darüber klar werden, daß à conto solcher Mißgriffe der Verwaltungsbehörden in den Bundesstaaten Empfindungen und Vorurtheile gegen den größten deutschen Bundesstaat geweckt werden, die dem Gedanken der Reichseinheit bösen Schaden zufügen.“

Ein anderes national-liberales Blatt, das wegen seiner Reichs- und Preußenfreundlichkeit bei den bayrischen Partikularisten geradezu verschrien ist, schreibt:

„Bei einer gut reichsdeutschen Stimmung hat es für uns im Süden etwas Peinliches, in letzter Zeit wiederholt unerquidliche

Dinge besprechen zu müssen, wonach Preußen seine führende Stellung im Reich nicht so ausfüllt, um ihm Sympathien gewinnen zu können. Ein solches Gefühl, das den württembergischen Demokraten Kaufmann zu dem Auslande veranlaßt: „Gottlob, daß wir keine Preußen sind!“ existiert aber leider. Es fand seinen Höhepunkt im vergangenen Sommer bei der unglücklichen reaktionären preussischen Vereinsgesetz-Campagne. Es wäre gut, wenn die leitenden Männer in Berlin dahin strebten, jene schlechten Eindrücke zu verwischen. Statt dessen fordern preussische Verwaltungsmassregeln weiter die schärfste Kritik heraus.“ Das Blatt nimmt dann Bezug auf den oben erwähnten Prozeß, ferner auf die Angelegenheit des Gemeindevorstehers Schulze-Nahmig und auf die ostpreussische Jagdverpachtungsgeschichte, die einem Gemeindevorsteher unter dem milden Gewitter des Grafen Wilhelm Bischoff 90 Mark Ordnungsstrafe eingetragen hat und schließt: „Jedenfalls ist eine solche... uns im Süden unverständlich und verhasst.“

Der demokratische Stuttgarter „Beobachter“ schließt seine Mittheilung derselben Thatfachen mit den folgenden Worten:

„Man bewahre sich diese zwei prächtigen Kabinetsstücke gut auf. Sie sprechen Wände über den Geist, mit dem der deutsche Vorstaat regiert wird und gegen den mit allen uns zu Gebote stehenden gesetzlichen Mitteln wir in Süddeutschland uns zu wehren haben, da wir keinen Rückschritt wollen in die Zeiten eines Königs Friedrich zu Anfang dieses Jahrhunderts.“ Und zu der Kriegervereinsache aus Naumburg: „Wißt wohl ein Mann nicht vertragsbrüchig werden wollen, wird er „auf Befehl höherer Behörden“ aus dem Kriegerverein, an dem er Rechtsansprüche zu machen hat, entfernt! Oben kommandirt man und unten findet man kein Wort der Ermüdung! In allen Kriegervereinen Württembergs muß man diese Kunde zur Verlesung bringen und in allen Dörfern den schwäbischen Männern mittheilen: Setzt, das ist preussische Art, und dieser Geist ist's, der sich im Deutschen Reich dreißig Jahre lang hält.“

**Ersatzwahlen in Nürnberg.** Dem Fränkischen Kurier zufolge sind die Ersatzwahlen für Grillenberger bereits anberaumt, und zwar die für den Reichstag auf den 2. Dezember, und die für den Landtag auf den 6. Dezember.

Ueber die Stellung der norddeutschen Agrarier gegenüber dem bayerischen Bauernbund läßt sich die „Kreuzzeitung“ wie folgt aus:

„Der Sieg des Bauernbundesführers Wieland über den Zentrumskandidaten Söldner bei der Landtagswahl eröffnet schlichte Aussichten für die Chancen des Zentrums bei den kommenden Reichstagswahlen. Herr Söldner, welcher Staatsanwalt ist, hat sehr starke agrarische Neigungen, sympathisirt auch in mancher Beziehung mit den Bauernbündlern und ist dennoch geschlagen. Da wir, wie bekannt, auf agrarischem Boden stehen, hätten wir alle Ursache, uns über diesen Ausgang zu freuen, und würden das auch offen bekennen, wenn Wieland etwa auf dem Boden des „Bundes der Landwirthe“ stände, das ist aber in keiner Weise der Fall; Herr Wieland ist in politischer Beziehung ein Demokrat der äußersten Linken, Waffenfreund Sigis und Preußenfeind erster Güte, während er in der Agrarfrage den Kampf gegen Junker und Großgrundbesitzer ebenso freudig mitmacht, wie ein geachteter „Korbhölzer“-Bauer. Durch solche Vorkämpfer kann sich die Agrarbewegung nur kompromittiren; ebenso ist der unmissige Kampf gegen den „Militarismus“, wie ihn Wieland, Gäch u. s. w. betreiben, nur geeignet, ihnen in den Kreisen der Hausmann, Sonnemann, Singer und Viehknecht Sympathien zu erwerben.“

Wir können dabei nur die Hoffnung aussprechen, daß die bairische Zentrumsparthei diesen Wahlsfall nicht in der Richtung auf sich wirken lassen möge, es den Bauernbündlern in der Demagogie möglichst gleichzutun. So radikal wie die Sigis und Genossen kann er doch nicht auftreten. Das Zentrum wird mehr erreichen, wenn es diesem politischen Haberefeldtreiben kräftig die Zähne zeigt und den Verdacht von sich abweist, eine Bewegung zu unterstützen, die sich in ganz bedenklicher Weise nicht bloß gegen die „Preußen“, sondern gegen Kaiser und Reich kehrt.“

Nur Geduld, die „politischen Haberefeldtreiber“ in Baiern werden dem Zentrum und dem norddeutschen Agrariern schon noch böse Lektionen erteilen.

**Begnadigung der Haberer.** Der „Frankf. Zeitung“ schreibt man aus München: Bekanntlich haben die Sozialdemokraten im Landtag einen Antrag eingebracht, die Regierung möge den Prinzregenten die Begnadigung der Haberer vorschlagen. Wie jetzt der „Oberbayerische Gebirgsbote“ mittheilt, haben sich die ultramontanen Abgeordneten Steininger und Pauli zu Beginn der Landtagsession an den Justizminister wegen der Begnadigung gewendet, nachdem Steininger schon vorher bei den Behörden, allerdings vergeblich, Stimmung für eine Begnadigung zu machen versucht. Der Justizminister soll dann, wie bereits mitgetheilt, die beiden Abgeordneten ermächtigt haben, den Betheiligten zu sagen, an eine generelle Begnadigung sei nicht zu denken. Begnadigungsversuche müßten immer von Fall zu Fall eingereicht werden. Gesuche, die von solchen Verurtheilten ausgehen, welche nur an einem einfachen Haberefeldtreiben betheiligte gewesen, als Mitläufer oder Verführte erschienen und sich eines guten Leumundes erfreuten, hätten Aussicht auf wenigstens theilweisen Erfolg. Die Gesuche sollten indeß eingehend hegründet und in ihnen ja nur wahrheitsgetreue Angaben gemacht werden. Diese Mittheilung entbehrt nicht der inneren Wahrscheinlichkeit, nur muß die Bewirklichung rasch kommen, denn die meisten derjenigen, die nur nach Monaten bemessene Strafen erhielten, also die nur einfach Verurtheilten, haben ihre Strafen schon zum Theil verbüßt. Als die Sozialdemokraten in der Kammer beantragten, die Minister möchten dem Prinzregenten die Begnadigung vorschlagen, wurde dies als Angriff auf die Monarchie, auf das höchste Kronrecht, auch als ein Angriff auf die Rechtsprechung bezeichnet. Konsequenter Weise mußte man den Bemühungen der beiden Zentrums-Abgeordneten die gleichen Bedenken entgegenhalten. Sie haben nur hinter den Koulissen gethan, was der Antrag der Sozialdemokraten vor den Koulissen thut. Vielleicht sagen darauf die Zentrums-Abgeordneten, bei den Sozialdemokraten spielten andere Absichten mit, diese wollten sich in der Haberer-gegend lieb Kind machen. Unsere Aufgabe ist es nicht, hierüber Untersuchungen anzustellen. Wir wollen

auch die Bemühungen Steiningers und Paulis nicht darauf untersuchen, ob nicht etwa ein anderes Interesse noch als das rein menschliche des Mitgeföhls für die Verurtheilten mit im Spiele war. Die Zentrums-gegend hat ja bisher den Haberern, die selbst die Christlichen nicht schonten, sehr böss mitgespielt. Die Haberer-gegend ist bisher eine Ultramontane gewesen, aber der ultramontane Einfluß ist stark im Rückgang begriffen. Steininger und Pauli wissen das sehr gut, denn sie sind aus der Haberer-gegend. Wir suchen nicht nach egoistischen Motiven, wir würden uns nur freuen, wenn die Haberer nun auch die menschliche Milde zu verspüren bekämen. Aber warum ist es dazu nöthig, daß erst Abgeordnete von Haus zu Haus gehen, den Friedensengel zu spielen, den Leuten zu sagen haben, wie sie es machen sollen? Die Behörden wissen ganz gut, wer von den Haberern sich nur an „einfachen Haberefeldtreiben“, also nicht an den vorgekommenen groben Ausschreitungen betheiligte, wer nur Mitläufer war und wer sich eines guten Leumundes erfreut.

Gegen die Schwurgerichte sucht die „Kölnische Btg.“ aus Anlaß eines in Kolmar verhandelten „Mordprozesses“ Stimmung zu machen. Es sei unerhört, daß der Mörder eines deutschen Soldaten vollständig freigesprochen worden ist, ein „zum Himmel schreiender Wahrspruch.“ Wenn so etwas in einem Rechtsstaate möglich sei, dann müsse doch die Einrichtung des Schwurgerichts an einem Haupt- und Grundübel leiden. Daran anschließend beklagt das Blatt den Mangel an sittlichem Empfinden bei den Geschworenen.

Dazu wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Kolmar geschrieben:

„Nach unserer Beobachtung ist der Prozeß, um den es sich hier handelt, zu solchen Deklamationen durchaus nicht angethan, es scheint aber, als sollte die etelhafte Wache, mit der er begleitet wurde, auch jetzt noch fortgesetzt werden. Ein Sattler Engasser in Kolmar war von Soldaten, die in einer gegenüberliegenden Wirtschaft verkehrten, wiederholt belästigt worden. Als ein Soldat abermals sehr häßlich beschimpfte, verbat er sich das und es kam zu einem Wortwechsel, wobei der Soldat Sulturs durch zwei Kameraden erhielt. Engasser, der sich brodt glaubte, holte in der Aufregung sein Gewehr. Nach seiner Behauptung suchte der Soldat das eiserne Gitter, das seinen Hof von der Straße trennte, zu übersteigen. Es kam zu einem Geraus, bei dem der Gewehrriemen abgerissen wurde — das also ziemlich heftig gewesen sein muß — das Gewehr entlud sich und der Soldat lag in seinem Blute. Seine (übrigens angegriffenen) Begleiter entflohen. Engasser behauptet, das Gewehr sei von selbst losgegangen. Genau angeklärt wurde der Vorgang nicht und die Geschworenen nahmen vernünftiger Weise an, vielleicht hatten sie dem Engasser auch mildernd angeordnet, daß man heute nie weiß, was man von Militärpersonen zu erwarten hat und man deshalb im Streitfall genöthigt ist, das Ernsteste voranzusetzen. Jedenfalls ist das Vorkommniß nicht geeignet zu den Angriffen auf das Schwurgericht, zumal es heute wirklich nicht an Urtheilen juristischer Richter fehlt, die alle Welt in das größte Entsetzen versetzen. Die Darstellung in der „Köln. Btg.“ ist durchaus parteilich; es kann nur bedauert werden, daß das Blatt auch diesen traurigen Fall zur Aufreizung der Etsch-Vothstinger benützt.“

Die Verurtheilung wird immer verzwickter, Herr Becker triumphiert. Die Regierung „strebt“, wie die „Kölnische Btg.“ meldet, als das ungünstigste Ziel der schwebenden Verhandlungen die Verstaatlichung des Bernsteinbetriebes an; eine solche würde nur an den zu hohen Forderungen des Geh. Kommerzienraths Becker scheitern. Werde die Sache perfekt, so wäre der 1. April 1898 als der Zeitpunkt der Uebernahme anzusehen, und es würde dann von der künftigen Regierung das gegenwärtige Beamten- und Arbeiterpersonal der Firma Stantien u. Becker fraglos mit übernommen werden. Auch Geh. Kommerzienrath Becker würde für die nächsten Jahre noch als Leiter des „verstaatlichten“ Betriebes verbleiben. „Von der Regierung werden gegenwärtig mit aller Müstigkeit die nötigen Vorarbeiten ausgeführt, die den definitiven Verhandlungen und Entscheidungen zur Basis dienen sollen. Der eigentlich technischen Vorarbeiten werden vom Oberberggrath Pringsheim vom Handelsministerium in die Wege geleitet, während Geh. Oberberggrath Ammon die Oberleitung in Händen hat und Geh. Oberregierungsgrath Sieffert das Landwirtschaftsministerium vertritt.“

Die Fahrradfabrikanten sind mit den Riesengewinnen der letzten Jahre noch nicht zufrieden. Sie möchten sich gern die ausländische Konkurrenz vom Hals schaffen und agitiren deshalb für einen höheren Zoll auf Fahrräder mit der Motivirung: es müsse „der Ueberschwemmung“ des deutschen Marktes durch amerikanische Fahrräder ein Ziel gesetzt werden. So haben die Herren dem Staatssekretär des Reichsschatzamtbes vorgelegt. Graf Posadowsky hat nach der „Voss. Btg.“ erwidert, daß er auf den Antrag des „Bundes der Industriellen“, die ausländischen Fahrräder ebenfalls nach der Rubrik „Fahrzeuge“ zu tarifiren, schon Verhandlungen eingeleitet habe. Dieselben seien soweit gediehen, daß die deutsche Regierung sich mit der veränderten Tarification der ausländischen Fahrräder einverstanden erklärt habe. Es würde damit alldann der Eingangszoll für ausländische Räder von 2 Mk. auf 20 Mk. erhöht werden.

Es scheint also eine Verzehnfachung des Schutzzolles im Verwaltungsverwege beabsichtigt zu sein durch andere wichtige Auslegung der Tarifbestimmungen. Das ist ein verhängnisvoller Weg der Tarifänderung, der nicht bloß Unsicherheit in die davon berührten inneren wirtschaftlichen Verhältnisse hineinträgt, sondern auch zu besonders ärgerlichen Verwicklungen mit dem Auslande Anlaß geben kann. Von einer „Ueberschwemmung“ mit ausländischen Fahrrädern zu reden, ist einfach lächerlich. Die Fahrräder sind überhaupt in Deutschland noch viel zu theuer. Der hohe Gewinn bei der Fabrikation führt fortgesetzt zur Anlage und Ausdehnung neuer

Fabriken. Eben jetzt lesen wir in den Zeitungen, daß eine Nürnberger Fahrradfabrik 17 Prozent Dividende gewährt trotz großer Abschreibungen und Rücklagen. Wird nun durch Erhöhung des Zollschutzes die ausländische Konkurrenz ausgeschloffen und damit der Unternehmungslust auf diesem Gebiete noch ein neuer Sporn gegeben, so wird die Folge bald eine Ueberproduktion sein und ein allgemeiner Krach der deutschen Fahrradindustrie.

**Maschinengewehre.** In Anknüpfung an die Thatsache, daß bei den letzten Manövern des 7. französischen Armeekorps Schnellfeuergeschütze mit Gewehrkalibern in Verwendung gekommen sind, behandelt die „Köln. Btg.“ die Entwicklung und Bedeutung dieser vielgenannten und von manchen Seiten als „Zukunftsgeschütz“ bezeichneten furchtbaren Waffe. Geschütze dieser Art sind im Tschitral-Gebirge der Engländer gebraucht worden und kommen auch im jetzigen Krieg an der nordwestlichen Grenze Indiens zur Verwendung; dergleichen sind auf deutschen Kriegsschiffen, sowie bei der Infanterie und Kavallerie in England selbst derartige Konstruktionen in Gebrauch. Abgelesen von älteren Typs ist die Konstruktion Maxim's die bekannteste und folgenreichste. Der Rückstoß der zu erst entzündeten Patrone wird zum Auswerfen der beschossenen Kugel, Einführen einer neuen Patrone und zum Abfeuern benützt; ein einfacher Mechanismus erlaubt die Feuergeschwindigkeit je nach den Geschichtsverhältnissen zu bestimmen und nach Bedarf auf 600 Schuß in der Minute zu steigern. Das Feuer wird in ungeschwächter Geschwindigkeit fortgesetzt, so lange noch Patronen da sind. Die Patronen befinden sich in Hülsen auf einem Ladestreifen und ist es nur nöthig, wenn das Feuer fortgesetzt werden soll, einen neuen Ladestreifen an den im Gebrauch befindlichen zu befestigen. Die Schlußleistung entspricht der Wirkung eines gleichkalibrigen Infanteriegewehrs, doch fallen alle Fehler, die durch den Schützen beim Abkommen gemacht werden, fort, da das Geschütz sich auf einem festen Dreifuß befindet. Für das 11 mm-Kaliber wiegt der Dreifuß 23,5, das Rohr mit Verschluß und Wasserummantelung 25 kg, so daß nur zwei Mann zum Transport des Geschützes erforderlich sind. Wie sich aus der oben gegebenen Charakteristik des Maximgewehrs ergibt, verhält sich die alte Mitrailkause, wie sie die Franzosen 1870/71 benutzten, zu einem modernen Maschinengewehr etwa wie das alte Feuersteinschloßgewehr zum deutschen Magazingewehr. Die neuen kleinkalibrigen Schnellfeuergeschütze, Maschinengewehre, oder wie wir sie sonst nennen wollen, wollen nicht mit dem Geschütz wetteifern, sie wollen in erster Linie nur als Schnellfeuernde Infanteriewaffen auf festem Stativ betrachtet sein. Das Fehlen einer Raucherentwicklung, die geringe Feuerhöhe von nur einem Meter und eine Streuvorrichtung für eine größere wagerechte Ausbreitung der Schüsse begünstigen die Einführung. Die Furcht vor nutzloser Munitionsvergeubung dürfte nach den mit Mehrkladern gemachten Erfahrungen unberichtigt sein. Die Bedeutung für die Taktik der Truppen charakterisirt der militärische Mitarbeiter der „Köln. Btg.“ folgendermaßen:

In der Vertheidigung geben diese Gewehre die Möglichkeit, die Feuerkraft bis auf das denkbar höchste Maß zu steigern, und da auch in der Vertheidigung die Entscheidung nur im Angriff liegt, so gewähren Maschinengewehre die Möglichkeit, an Stärke der Besatzung zu sparen, dafür aber die zur Führung des entscheidenden Angriffs bestimmte Hauptreserve stärker zu bemessen. Vor Allem wird aber die Kavallerie bei Einführung von Maschinengewehren eine wesentliche Erhöhung ihrer Geschützkraft erblicken müssen; die große Feuerkraft dieser Waffen gewährt die Möglichkeit, die Zahl der zum Fußgefecht zu verwendenden Reiter zu vermindern, somit eine größere Zahl Säbel im Sattel verfügbar zu behalten. Ein einigermassen ernstes Fußgefecht fordert erhebliche Einbuße an Mannschäften, da nun für jeden außer Gefecht gesehten Mann noch ein zweiter ausfällt, der das Pferd des Verwundeten oder Erschossenen nachsüht, so schwächt jedes Fußgefecht in empfindlicher Weise die Kavallerie und begründet dieser Nachtheil auch hinreichend die Abneigung der Kavallerie, zum Gefecht abzugeben. Erhöhung der Feuerkraft, Erleichterung der Führung des Feuerkampfes, Möglichkeit mit Feuer gegen anreitende Kavallerie zu wirken, sind die am meisten in die Augen fallenden Vortheile, welche durch Ausstattung der Kavallerie mit Maschinengewehren — etwa zwei für jedes Regiment — sich ergeben. Sehen wir von der Schweiz ab, so sind zur Zeit Maschinengewehre nur in England eingeführt. Jede Infanteriebrigade und jedes Kavallerie-Regiment verfügt über eine Revolvergeschütz-Abtheilung von zwei Geschützen. Die Berichte lauten durchweg anerkennend und dürfte eine vorurtheilsfreie Beschäftigung mit dieser Frage zweifelsohne am Platze sein.“

So bringt fast jeder Tag „neue Fortschritte“ in der Technik der Kriegsinstrumente. Es sind fürwahr edle Aufgaben, an denen der Erfindergeist der Menschen seine Kräfte mißt!

### Oesterreich-Ungarn.

Die Vorgänge in Eger. Das Abgeordnetenhaus verhandelte am 22. d. Mts. über die Ministeranklagen wegen der Vorgänge in Eger. Abg. Schicker besprach die Geschichte des Egerer Volkstages; die Bevölkerung sei von jeher kaiserfrei und loyal gewesen. Er betonte die Gesekmächtigkeit der Einberufung des Egerer Volkstages und kritisirte das Verbot, das ebenso wie das Erscheinen der fremden Polizei in Eger große Erregung hervorgerufen habe. In Eger seien 50 Verletzungen vorgekommen. Redner schloß mit der Bitte, seinen Antrag einem Specialausschuß zu überweisen.

Ministerpräsident Graf Badaeni erklärte, er wolle sich darauf beschränken, eine attemmäßige Darstellung des Vorgehens der Behörden zu geben, aus der die Gründe zu entnehmen seien, warum das Verbot seitens der Behörden erlassen wurde. Nach der Darstellung des Sachverhaltes erklärte der Ministerpräsident, die Unterfagung des Volkstages sei im Einklange mit zahlreichen Ent-

Scheidungen des Reichsgerichts gesetzlich vollkommen begründet. Die Vorfälle, die sich hierauf trotz dieser Unterjagung am 13. Juni 1897 in Eger abspielten, hätten die Nothwendigkeit besonderer Sicherheitsvorkehrungen dargelegt. Er verliest die Einladung zur Versammlung und hob die Demonstrationen der Lokalpresse hervor, die Anspielungen auf Demonstrationsabsichten enthielten, so daß mit einem mehrtausendköpfigen Zug von auswärts gerechnet werden mußte. „Solchen Massen gegenüber erschienen die Egerer Sicherheitsorgane unzureichend, weshalb die Nordböhmern entbehrliche Gensdarmarie nach Eger dirigirt und weil sich die Bereithaltung berittener Polizei bei großen Ansammlungen als unentbehrlich erweist, auch die Prager berittene Sicherheitswache herangezogen wurde, um nicht gleich Kavallerie verwenden zu müssen.“ Was den Inhalt der Anträge betrifft, so ging der Ministerpräsident nicht näher auf einzelne Vorfälle ein, sondern bemerkte nur, daß bei den eingetretenen umfassenden Erhebungen und durchgeführten amtlichen Untersuchungen von den wenigen vorgekommenen Verletzungen nur eine nennenswerthe, aber auch diese nicht gefährlich gewesen sei.

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die Behörden bezüglich des Volkstages in Eger streng gesetzlich vorgegangen seien und daß es ihre Pflicht gewesen sei, bei Ausföhrung gegen behördliche Verfügungen mit entsprechendem Nachdruck entgegenzutreten.

Der Ministerpräsident schloß: Bei derartigen Ereignissen sind für mich zwei Standpunkte maßgebend: 1. daß die Regierungsorgane streng gesetzlich vorgehen, 2. daß sie so vorgehen, daß die öffentlichen Interessen, die der Staat zu schützen und zu wahren hat, nicht gefährdet werden. Ich bin mir meiner gesetzlichen Befugnisse vollkommen bewußt und werde innerhalb der gesetzlichen Schranken unentwegt daran festhalten, was ich als Pflicht meines Amtes erachte. (Lebhafter Beifall, Händeklatschen rechts, Widerspruch links.)

Dem Grafen Badeni ist im Parlament oft schon urkundlich nachgewiesen worden, daß er die bewußte Unwahrheit sagt; mit eiserner Stirne aber fährt er fort, die Thatsachen umzudeckeln.

Nach dem Ministerpräsidenten führte Dr. Stranitzky (Tscheche) aus: Die Gründe für die Anklageanträge seien politischer und nicht rechtlicher Natur. Die Tschechen wollten keine Polizeimaßregeln in Schutz nehmen, sie verteidigten weder die Egerer Verfügung der Regierung, noch deren Geheimnisse, sie ständen den Anklageanträgen nur aus anderen Gründen entgegen. Er beantragt, über die beiden Ministeranklagen zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Schwarz erklärt, es handle sich nicht um den Kampf der Deutschen gegen die Böhmen, sondern um einen Kampf um das Recht, das allen Völkern Oesterreichs gewährt werden müsse. Das Hauptgewicht liege auf der Lösung der Minoritätenfrage. Redner hofft auf Befestigung der Gemüther und einen Ausgleich in Böhmen.

**Frankreich.**

Eine internationale Kundgebung. Die sozialistische Kammerfraktion fordert in einem Manifest an die französische Arbeiterschaft zur thatkräftigen Unterstützung der englischen Maschinenbauer auf. Die Initiative der Fraktion ist desto begrüßenswerther, als der Aufruf von einem entschiedenen nationalistischen Geist durchweht ist. Nach der Hervorhebung der folgenschweren Bedeutung des englischen Gewerkschaftskampfes, der den „Charakter und den Umfang eines Klassenkampfes angenommen“ habe, heißt es in dem Aufruf: „Da die Arbeiterklasse eins ist, da sie durch die Verschiedenheit der Völker und der Rassen hindurch eine und dieselbe Kraft, ein und dasselbe Recht darstellt, so seid Ihr, Arbeiter Frankreichs, alle an dem von Euren englischen Kameraden geföhrten Kampfe mitbetheiligt.“ Ferner wird auf die überall sich ankündigenden entscheidenden Kämpfe zwischen dem Proletariat und den herrschenden Klassen hingewiesen: „In Deutschland wird nicht nur der Sozialismus von dem Kapitalismus angegriffen, selbst das allgemeine Stimmrecht ist bedroht und Staatsstreichpläne werden ganz offen gegen die deutsche Nation ausgeprochen. In England zwingt die ganz neue Unversöhnlichkeit des großen Unternehmertums alle Arbeiter, endlich sich in einer Klassenpartei zusammenzuschließen. In Frankreich verbinden sich alle Reaktionsparteien gegen den Sozialismus und die produzierende Klasse. An Euch ist es nun, französische Arbeiter, im Bunde mit den Arbeitern aller Länder die allgemeine kapitalistische Reaktion zu brechen und mit aller Kraft in den sich erweiternden Kampf einzutreten. Jetzt gilt es, Eure englischen Kameraden zu unterstützen, die nothwendige Solidarität des kämpfenden Proletariats zu bekräftigen.“

Der Aufruf ist von 43 Abgeordneten unterzeichnet, darunter der soeben der Fraktion beigetretene Abgeordnete von Lille, Oberst Sever, der übrigens, wie seiner Zeit gemeldet, schon vor den Parlamentsferien seinen Beitritt zur Guesde'schen Arbeiterpartei öffentlich erklärt hatte.

**Lübeck und Nachbargebiete.**

27. Oktober.

Achtung, Metallarbeiter! Aus Stettin geht uns nachstehendes Schreiben zu: Die Situation der Streikenden der Nähmaschinen- und Fahrradfabrik von B. Stöwer A.-G. ist unverändert. Die Direktion beharrt auf ihrem ablehnenden Standpunkte, trotzdem die Streikenden in einen Abzug von 10—15 pCt. gewilligt haben. Wir bitten deshalb nach wie vor, den Bezug von Metall-

arbeitern aller Berufe nach Stettin streng fernzuhalten. — Die Ortsverwaltung Stettin des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. — Franz Gossow, Schallehnstraße 9.

Ein Röntgenstrahlenapparat ist vom hiesigen Allgemeinen Krankenhaus beschafft worden. Wir halten das für eine sehr anerkennenswerthe Maßnahme. So dürfte z. B. zur Beurtheilung der Erwerbsfähigkeit Verunglückter der Apparat oft dienlich sein und zur Feststellung von Fehlern führen, die mit bloßem Auge nicht wahrzunehmen sind und dann zum Nachtheil des Betreffenden auf Simulation zurückgeführt werden.

Wahl. Von der Gemeindeversammlung in Pöppendorf ist das bisherige Mitglied des Gemeindevorstandes, Hofner G. D. Ehlers in gleicher Eigenschaft auf die gesetzliche Amtsdauer von sechs Jahren wiedergewählt worden. Die Bestätigung der Wahl durch das Stadt-Landamt ist erfolgt.

Arbeiterstreik. Auf der Koch'schen Werft fiel Dienstag dem Arbeiter Dieckmann ein sogenanntes Stopfstück auf den Kopf, wodurch ihm erhebliche Verletzungen zugefügt wurden.

Vom Tage. Gestohlen wurde aus dem Mannschafstlogis des Dampfers „Alice Krohn eine silberne Cylinderuhr; — einer in der Burgstraße wohnenden Frau fünf werthvolle Ringe. — In Haft gerieth ein von der Altonaer Staatsanwaltschaft wegen Unterschlagung steckbrieflich verfolgter Hausknecht.

Hamburg. Am 7. Plehnungstage der 7. Klasse der 312 Hamburger Stadt-Lotterien wurden folgende Nummern mit nachstehenden Hauptgewinnen gezogen:  
Nr. 81397 mit 10000 Mk. Nr. 24935 31086 mit je 5000 Mk.  
Nr. 10717 12920 21543 80446 94198 mit je 3000 Mk. Nr. 5272 29980 30430 30983 55326 55792 61319 65508 91579 mit je 2000 Mk. Nr. 29 4897 6798 7117 8115 8684 9117 10929 13841 14797 16981 23300 26183 27269 28563 28692 32028 32348 37992 43958 44303 68336 79224 79697 80647 81270 81337 83735 86382 88619 91194 93521 95042 97601 98309 101609 103088 104285 107243 108273 109286 113301 113690 117930 mit je 1000 Mk. Nr. 130 8131 3496 7120 8916 8736 10936 12624 14838 14804 17476 17599 21701 21980 23585 25045 26289 31119 32847 35931 39839 39896 42125 15156 49000 52882 55594 55684 55733 57580 58894 62538 62572 62993 64341 66510 66962 68383 68970 70170 70847 70884 75701 77197 78191 78430 78534 79905 81076 83131 84552 85137 86336 89096 89172 89233 89600 91119 94864 95387 99976 100047 100372 100485 100839 101886 103905 108350 108993 107149 107445 108499 109152 109891 110472 110552 114058 114445 117694 mit je 400 Mk. (Lüne Gewähl.)

Altona. Als eine interessante Thatsache theilen die „Mt. Nachr.“ mit, daß mehrere Personen, welche Jahre lang als eifrige sozialdemokratische Agitatoren in Versammlungen das Wort führten, jetzt, nachdem sie von einem bekannten hiesigen Industriellen in seinem Geschäft eine gesicherte Stellung erhalten, die Agitation aufgegeben haben und ihre früheren Freunde auf das Lebhafteste bekämpfen. Wir haben uns bemüht, schreibt das „Echo“, zu erfahren, ob etwas Wahres an der Notiz ist, doch haben unsere Bemühungen ein negatives Resultat gehabt. Als der bekannte hiesige Industrielle kann nur der Margarinefabrikant Wehr gemeint sein. Derselbe richtet überall in Deutschland Verkaufsstellen für seine Fabrikate ein und hat als Verwalter dieser Stellen Leute engagirt, die zum Theil lange bei ihm gearbeitet und sich an dem letzten Streik betheiligt haben, oder die in Arbeiterkreisen bekannt sind. Unter den Angestellten befindet sich sogar ein Mitglied des früheren Streikkomitees, bezüglich dessen Herr Mohr damals erklärte, daß er den Mann niemals wieder in Beschäftigung nehmen wolle. Weßhalb Herr Mohr grade die bezeichneten Leute engagirte liegt auf der Hand. Seine Filialbeamten wären auch schlechte Geschäftsleute, wenn sie die Leute, welche hauptsächlich ihre Kunden werden sollen, politisch bekämpfen wollten. Schon aus diesem Grunde ist es unwahrscheinlich, daß die Notiz auf Wahrheit beruht. Bekannt ist uns außerdem von den Angestellten Niemand, der früher für die Sozialdemokratie agirt hat und so charakterlos wäre, sie jetzt zu bekämpfen. — Letztere Wahnehmung können auch wir bestätigen. Das Gegentheil wäre ja eigentlich unmöglich.

Hamburg. Vor der Strafkammer in Stade hatten sich gestern die beiden Redakteure des „Volkblatt“, die Genossen Thiel und Kaufmann, zu verantworten, Genosse Thiel wegen Majestätsbeleidigung und wegen Beleidigung des Brückenwärters Hoffart. Der Staatsanwalt beantragte gegen Thiel 12 Monate Gefängniß. Das Gericht erkannte auf Freisprechung. In Sachen Hoffart wurde der Termin vertagt. Genosse Kaufmann soll die Hamburger Polizeibehörde dadurch beleidigt haben, daß er in einer Notiz schrieb: „man könne von der Polizei nicht verlangen, daß sie wissen solle, daß Arthur Schnitzler's „Liebetei“ ein künstlerisch werthvolles Drama sei“. Das Gericht faßte diese Bemerkung als hämißch gegen die Polizei gerichtet auf und verurtheilte Kaufmann zu 200 Mk. Geldstrafe. Gegen dieses Urtheil wird Revision eingelegt werden.

Schiffbed. Zum Streit in der Jutefabrik. Wie bereits mitgetheilt, haben die in dieser großen Fabrik beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, etwa 1500 an der Zahl, die Arbeit niedergelegt. Die Ursachen sind folgende: Im Laufe des Sommers wurde die Arbeitszeit, die bis dahin 11 Stunden pro Tag betrug, in der Weise geregelt, daß die Arbeitszeit auf 60 Stunden pro Woche festgesetzt wurde. Außerdem wurde der Lohn etwas aufgebessert. Vor acht Tagen wurden wieder die alten Lohnsätze eingeföhrt, was eine gewaltige Erbitterung unter der Arbeiterschaft hervorrief. Die bestbezahlten Appreturarbeiter — es kommen aber nur einige in Betracht — erzielen einen Stundenlohn von 32 1/2 Pf., während die übrigen in dieser Abtheilung beschäftigten Leute nur 23 1/2 bis 28 Pf. pro Stunde verdienen, so daß der Durchschnittslohn nur 14 bis 15 Mk. pro Woche

beträgt. Die Hofarbeiter bringen es nur auf 12 Mk. pro Woche, während die über 18 Jahre alten Arbeiterinnen, die in Alford arbeiten, nur einen Wochenlohn von 9 Mk. erzielen; nur wenige verdienen etwas mehr. Die anderen Arbeiterinnen erhalten 13—15 Pf. pro Stunde. Während früher die Alfordspinnerrinnen 13—14 Mk. pro Woche verdienten, beträgt jetzt der Lohn nur noch 9—10 Mk. Am Montag Mittag verlangten die Spinnerinnen die Wiedereinföhhrung der alten Lohnsätze. Als Antwort wurden sie aus der Fabrik mit dem Bemerkten hinausgejagt: „Kommt morgen wieder.“ Am Dienstag wurde der Arbeiterausschuß um eine Lohnerböhhung von 20 pCt. für alle Arbeiter und Arbeiterinnen vorstellig. Gefordert wurde ferner, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen Lohnbücher ausgehändigt und daß die Arbeitsstücke in Gegenwart der Verfertiger auf die Waagschale gelegt werden sollen. Mit den letzteren beiden Forderungen erklärte sich der Direktor einverstanden, mit der Lohnforderung nicht. Er will den Lohn um 5 pCt. aufbessern. Am Nachmittag wurde nur noch in einigen Abtheilungen gearbeitet. Da die Spinnereien, von welchen die Fortföhrung des ganzen übrigen Betriebes abhängt, sammt und sonders die Arbeit niedergelegt hatten, wurde dem übrigen Personal die Arbeit gekündigt. Dieses legte hierauf ebenfalls die Arbeit nieder, so daß heute die Arbeit gänzlich ruhte. — In der am Dienstag Abend von dem gesammelten Arbeitspersonal besuchten Versammlung, die bei Bocke stattfand, erstattete der Arbeiterausschuß Bericht über die mit den Direktoren stattgehabte Verhandlung. Beschlossen wurde, die Lohnforderung von 20 auf 10 Prozent zu ermäßigen, jedoch an dieser Forderung festzuhalten. — Die Gensdarmarie des Kreises ist in Schiffbeck stark vertheilt, denn bereits am Montag Abend wurde das Landrothshaus in Wandseel von dem bevorstehenden Streik in Kenntniß gesetzt. Als der Arbeiterausschuß mit den Direktoren verhandeln wollte, war „zufällig“ ein Gensdarmarie-Oberwachmeister zugegen. Auf Vorhalt mußte sich dieser entfernen. — Von der sogenannten „arbeiterfreundlichen“ bürgerlichen Presse und von Philantropen werden ab und zu die Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtungen der Schiffbecker Jutefabrik bis über's Wohnlieb gepriesen. Zu diesen Einrichtungen gehören auch die 152 Arbeiterwohnungen, für welche ein Miethezinß von 2,50 bis 3,50 Mark pro Woche gezahlt wird. Die Inhaber dieser Wohnungen müssen diese innerhalb 8 Tagen räumen. Besser kann diese Arbeiter-Wohlfahrts-Einrichtung nicht gekennzeichnet werden, als durch diese nackte Thatsache. Diese von den Kapitalisten geschaffenen Einrichtungen reichen in den meisten Fällen den Arbeitern zum Fluch und sind extra zu dem Zweck geschaffen, um die Arbeiter unter Vormähhigkeit zu halten. — Der Direktion wäre es ein Leichtes, die bescheidenen Forderungen zu bewilligen, denn laut Geschäftsbericht des letzten Jahres betrug die Dividende 10 pCt. 500 000 Mark sind außerdem für bauliche Verwendungen ausgeworfen worden. — Herr Direktor Meier, der im letzten Winter in einer großen Versammlung streikender Hafenarbeiter beide kämpfende Parteien zum Frieden mahnte, hätte jetzt die beste Gelegenheit, seine Friedensliebe zu bethätigen.

Gestern Nachmittag wurde der Arbeiter-Ausschuß abermals bei der Direktion vorstellig. Das Resultat der Verhandlung, das heute Abend den Streikenden mitgetheilt wurde, ist nachfolgendes: Die Direktion ist erbötig, den Lohn um 5 Prozent aufzubessern, den Arbeitern und Arbeiterinnen den Lohnausfall der letzten Tage zu zahlen und ein besseres Arbeitsmaterial zu verabfolgen.

Das Angebot der Direktion wurde von der Versammlung angenommen. Der Streik ist somit zu Ende.

Stadttheater. Charles Tante, der drahtische Schwank, der hier vor mehreren Jahren den größten Kassen- und Lachersolg erzielte, den jemals hier ein Stück erzielen konnte und der einige zwanzig Mal bei stets vollen Häusern zur Aufföhrung gelangte, ist neu einstudirt worden und geht morgen Freitag in Scene. „Die Tante aus Brasilien, wo die Affen herkommen“, spielt Herr Thies. Sonnabend wird die von so flürmischen Beifall begleitete Doppelvorstellung: Meister Andrea und Briny als volksühmliche Vorstellung bei halben Preisen wiederholt und machen wir namentlich die Schüler unserer Stadt auf diese Vorstellung aufmerksam. Sonntag wird, nachdem die Fremdenvorstellung vor acht Tagen ein beinahe ausverkauftes Haus zeitigte, zu der namentlich aus der Umgegend Lübeck's ein überaus zahlreiches Publikum herbeizog, wiederum eine Fremdenvorstellung arrangirt, und zwar wird der reizende Schwank Grosse Adluf gegeben, welche zu halben Preisen stattfindet und um 4 1/2 Uhr nachm. beginnt. Abends werden die Hugenotten gegeben. Gestern haben bereits die ersten Dekorationsproben zu „Heinrich und Klop“ stattgefunden und haben sich die neuen Dekorationen von prächtiger Wirkung gezeigt.

**Sternschanz-Biehmarkt.**

Hamburg, 27. Oktober  
Der Schweinehandel verlief etwas ruhiger als die letzten Tage.  
Bageföhrt wurden 970 Stüd. Preise: Berandtschweine schwarz 59—61 Mk., leichte 57—59 Mk., Saues 50—56 Mk. mit Ferkel 54—57 Mk. pr. 100 Pf.

**See-Berichte.**

D. „St. Lorenson“, Kapt. Johanson, ist am 27. Oktober von Karlstrona auf hier abgegangen.  
D. „Europa“, Kapt. Boigt, ist am 27. Oktober von Newcastlethne auf Abo abgedampft.  
D. „Matthilde Jabe“, Kapt. Schmidt, ist am 27. Oktober von Stagnab nach Sumball weitergegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Lübecker Volksboten inserieren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu beziehen.

Unserer Frau Meisterin A. Andersson zu ihrem 80. Weggelsten ein 8 mal donnerndes Hoch, daß die ganze Meierstraße wackelt und die Wellenfalten im Topfe zappeln!

Zu vermieten eine Stube mit Küche  
Bekkerstraße 2.

Logis mit Verköstigung Mitter. 30.

Billig zu verkaufen einige dauerhaft gearbeitete echte Fußbaumbestücknisse  
Santstraße 27.

Empfehle meinen  
**Barbier-, Frisir- und Haarschneide-Salon.**  
Taback und Cigarren.  
H. Wiese, Friseur.  
Gde der König- u. Waffelstraße 24.

Die besten französischen Gartartoffeln vom Teichauer Sandboden empfiehlt  
Heinr. Wischendorf, Königstr. 88.

**Kartoffeln.**  
Maganum bonum, 200 Pfd. 3.50, 4 und 4.50 M. Hamburger, 200 Pfd. 5 M. Gelbe Gartartoffeln, 200 Pfd. 5 M., bei größeren Posten billiger.

Obst in größerer Auswahl.  
L. Jacobsen, Obst- u. Kartoffelhdl.  
Meierstrasse 26.

Für den Winterbedarf.  
**Brennholz, Bohlenenden.**  
Th. Kruse, Untertrave 60.  
Telephon 474.

**Meierei - Butter**  
Pfund 110 Pfg.  
Joh. Nagel, Engelsgrube 51.

Täglich frische  
**Bratwurst, Sauschen, Rahmwurst.**  
Specialität: Bierwürstchen  
empfehlen

**Carl Junge, Bahmstr. 8.**

Früh gebrannt. **Coffee**  
reinschmeckend, Pfd. 60 u. 80 Pfg.  
**J. H. Schwang**  
Große Burgstraße.

**Möbel, Spiegel, Polsterwaaren**  
in allen Preislagen. Reelle Arbeit.  
Complete Musterzimmer  
stets vorräthig. Beste Bezugsmöbel  
für Braut-Anstaltungen.

Folker's Möbel-Magazin, Marlesgr. 25.

Dauerhaftes Kinder-, Mädchen- und Damen-Fußzeug,  
Hilz-Pantoffeln, Hilz-Schuhe  
empfehlen billigst  
**Rud. Kracht, Kageb. Allee 40.**

**Johs. Tollgreve,**  
Goldschmied,  
Königstrasse 82.  
Reparaturen sauber u. billig.  
Trauringe, Anfertigung von Gravirungen.

**Allgem. Lokal- u. Straßenbahn-Gesellschaft.**

Wir machen bekannt, daß der Straßenbahn-Verkehr auf der Erweiterungsstrecke Israelsdorf vom 1. November d. J. ab bis auf Weiteres an den Werktagen eingestellt wird.

An Sonn- und Festtagen werden des Nachmittags die Fahrten auf dieser Linie jedoch wieder aufgenommen, jedoch von 2 Uhr Nachmittags bis 8 Uhr Abends sämtliche Wagen der Route Israelsdorfer Allee direkt zwischen der Forsthalde zu Israelsdorf und dem Endpunkte der Bahn an der Cronsforder Allee verkehren.  
Lübeck, den 27. Oktbr. 1897.

Die Betriebsverwaltung.

Hierdurch die ergebene Anzeige, daß ich am heutigen Tage  
**Hüterdamm 10**  
ein **Cigarren-Geschäft** eröffne.  
Durch meine Verbindung mit den ersten Cigarren-Fabriken und in Anbetracht, daß ich stets ein gut sortirtes Lager in allen Preislagen halten werde, bin ich in der Lage, allen Wünschen der mich beehrenden Kunden Rechnung zu tragen.  
Indem ich mein Unternehmen dem Wohlwollen eines geehrten Publikums empfehle, zeichne ich  
**Johs. Biehl.**

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrauten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die  
**Adler-Brauerei.**  
Inh.: G. Teichgräber.

**Sandstr. 27. C. Harz Sandstr. 27.**

Pa. Flohenschmalz pr. Pfd. 60 Pfg.  
= Bratenschmalz pr. Pfd. 35 u. 40 Pfg.  
Hochfeine Margarine pr. Pfd. 50, 55 u. 60 Pfg.  
Geräucherten Vorderschinken pr. Pfd. 53 Pfg.  
= Carbonade pr. Pfd. 65 Pfg.  
= Schweinsbacken pr. Pfd. 48 Pfg.  
Gesalzene Eisbeine pr. Pfd. 50 Pfg.  
Russischer Käse pr. Pfd. 35 Pfg.  
Holsteinischer Käse pr. Pfd. 30 Pfg.

**Sanitäts-Verband der freien Hilfskassen Lübecks**

**Einladung zum Verbandsfeste**

bestehend aus  
**Concert, Ball und Tombola**  
am Sonntag den 31. Oktober 1897 im „Colosseum“  
zum Besten der Kassen-Invaliden.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Eintrittskarten und Tombola-Loose  
sind bei sämtlichen Kassenvorständen und Voten, sowie im Cigarren-Geschäfte von C. Wittfoot, Hützstraße 18, und im Bureau des Verbandes zu haben.  
Das Festeomitee.

**Volksbibliothek**  
und  
**Volkslesehalle**  
von Sonnabend den 30. Oktober ds. J. 3. an  
im Hause Mengstraße 4.  
Die Bücherausgabe in der Volksbibliothek findet an jedem Werktag von 7-8 Uhr Abends statt.  
Die Lesehalle ist geöffnet: Werktags von 7 bis 10 Uhr, Sonntags von 4 bis 10 Uhr Abends.  
Die Benutzung der Lesehalle ist unentgeltlich.

**Grosse Auction!**  
am Freitag den 29. Oktober, Nachmittags 2 1/2 Uhr  
in der Hundestrasse 41  
für Rechnung wen es angeht  
über: ein großer Posten Schuhwaaren, Schlafdecken, Normalhemden und Hosen, Bettlaken, 10 Mille ff. Cigarren, Untertische und diverse andere Waaren.  
Weitere Zusendungen werden Hundestr. 8 oder 41 erbeten.  
J. C. B. Schmehl,  
Auctionator und Taxator.

**Berein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde**  
**Versammlung**  
am Freitag den 29. d. M.,  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Bürgerverein, Königstr. 25.  
Tages-Ordnung.  
Verschiedenes.  
**Freitag den 5. Novemb.**  
Nachmittags 5 Uhr:  
**Frauen-Vortrag**  
im Casino.

**Empfehlungs-Karten**  
liefert prompt und sauber  
Die Druckerei des Lüb. Volksboten,  
Johannisstraße 50.

**Oeffentliche Kartell-Versammlung**  
am Sonnabend den 30. Oktober  
Abends 8 1/2 Uhr präcise  
im Vereinshaus, Johannisstr. 50.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Kommission über den Arbeitsnachweis der Bäcker.  
2. Wahl der Kartell-Kommission.  
3. Der Arbeitsnachweis der Metall-Industriellen.  
4. Verschiedenes.  
Der reichhaltigen sowie wichtigen Tagesordnung wegen ist das präcise Erscheinen sämtlicher Delegirten unbedingt notwendig.  
Der Vertrauensmann.

**Berspielen**  
von  
fetten Gänsen, Karpfen u. s. w.  
am Montag den 1. November  
wozu bestens einladet  
**Th. Kruse, Untertrave 60.**

**Verschießen**  
von  
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch  
am Sonntag den 31. Oktober  
im Lokale „Zu den vier Jahreszeiten“,  
Stavenstraße 33.  
Beginn 11 Uhr Morgens.  
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Schüsse.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**H. Prüssmann.**

**Muspielen**  
von  
fetten Gänsen, Karpfen und Rauchfleisch  
auf einem Ziehbillard  
am Sonntag den 31. Oktober 1897  
im Restaurant „Doppel-Gide“,  
Hützstraße 120.  
Einsatz 50 Pfg., wofür 3 Schüsse.  
Anfang 11 Uhr.  
Ergebenst **Tycho C. H. Schnoor.**

**Einladung zum Ball der Tabakarbeiter**  
unter Mitwirkung der  
Tabakarbeiter-Liedertafel  
am Sonntag den 7. November 1897  
im Lokale des Herrn Daffler „Colosseum“.  
Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.  
Entree 50 Pfg.  
Das Fest-Comité.  
Karten sind zu haben bei Wittfoot, Hützstraße; Köhler, St. Großpelgrube, Schering, An der Mauer; Löwig, Dornstraße.

**Ball**  
der Steinseher Lübecks  
am Freitag den 29. October  
im Lokale des Herrn Dierkop, „Central-Hallen“.  
Anfang 8 Uhr. Eintritt 1 M. Ende 1 Uhr.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
Das Comité.

**Zoologischer Garten**  
Lübeck.  
Die Kappländer-Vorfürungen  
täglich 4 und 6 Uhr  
Nachmittags.

**Circus Variété Reuterkrug.**  
Nur noch diese Woche  
**Mr. Rodans**  
mit seinen ungläublichen phänomenalen Latwinnenstürzen.  
Nur noch wenige Tage:  
Der dritte grandiose Spielplan.  
Jeden Abend Jubel und Trubel  
im  
**Circus Variété Reuterkrug.**  
Wir empfehlen die äusserst billigen  
**Duzendbillets.**

**Emil Naucke's Variété.**  
Concerthaus Fünfhäusen.  
Feinste eleganteste Variété Lübecks.  
Jeder muß die schöne Schwedin hören.  
Jeder muß die großartige 3. Serie  
sehen!  
Schnittbillets ab 8 1/2 Uhr.  
Wochentags Tribüne 30 Pfg. (Sitzplatz.)

**Stadt-Theater.**  
Freitag: 28. Abonnem. Vorst. 5. Abth. Blan.  
Freitag-Abonnement Nr. 5.  
**Charley's Tante.**  
Schwan in 3 Akten von Thomas.  
Sonnabend: Volksth. Vorst. zu halben Preisen.  
(Parquet 1.25 M. etc.)

**Meister Andrea.**  
Hierauf: **Z r i n y.**  
Sonntag: 2 Vorstellungen.  
Nachm. 4 1/2 Uhr: Fremden-Vorstellung  
bei halben Preisen.  
**Die Großstadtluft.**  
Abends 7 1/2 Uhr: Die Hugenotten.

**Speise-Halle Sanja.**  
Mengstraße 24 (gegenüber Schüsselbuden).  
Heute Freitag:  
Frische Suppe mit Graupen, Schweinefleisch, Kartoffeln, Sauce, Schmorlohl.  
Jeden Mittwoch und Sonnabend Abend außer der Abendkarte: Wellkartoffeln u. Hering, Portion 30 Pfg.  
Mittagessen von 11 1/2 Uhr an. Portion 20, 30 und 40 Pfg.  
Abendessen von 6 Uhr an. Portion 30 Pfg.  
wobei es eine Tasse Thee gratis gibt.  
Warme und kalte Speisen den ganzen Tag zu mäßigen Preisen.

## Die badischen Landtagswahlen.

Der Wahlkampf ist auf der ganzen Linie entbrannt und hat bald seinen Höhepunkt überschritten. Wenn diese Zeilen erscheinen, trennen uns nur noch wenige Tage oder Stunden von dem Entscheidungstreffen an der Urne. Ueberall ertönen die beiden Kampfrufe: Die Nationalliberalismus — die Opposition!

Den Fernstehenden mag vielleicht die außerordentliche Einfachheit dieser beiden Wahlparolen auf den ersten Augenblick verblüffen und zu falschen Schlüssen verleiten, letzteres besonders in der Beurteilung der Taktik, welche die sozialdemokratische Partei im diesjährigen Wahlkampf einschlägt. Die ganze innerpolitische Situation und die aus derselben resultierenden Konsequenzen werden jedoch gleich verständlicher, wenn man bedenkt, daß der Nationalliberalismus für den badischen Landtag, nach Lage der Dinge das gleiche ist, was das Junkertum für den preussischen Landtag. Und wie die Bewegung unter den preussischen Genossen für die Theilnahme an den Landtagswahlen in erster Reihe aus dem dringenden Bedürfnis entstanden ist, die Macht des Junkertums im preussischen Landtag gebrochen zu sehen, ebenso ist die Taktik, d. h. das Zusammengehen mit der bürgerlichen Opposition, der Sozialdemokratie Badens durch die Einsicht diktiert worden, daß der Sturz der nationalliberalen Kammermehrheit eine dringende politische Nothwendigkeit geworden ist. Indessen hat natürlich die Ausgabe der Wahlparole: „Nieder mit dem Nationalliberalismus“ selbstverständlich nicht verhindert, daß unsere Partei da, wo sie sich entweder stark genug fühlt, um allein zu siegen, oder da, wo nicht ein nationalliberaler Kandidat der Hauptgegner ist, keine Kompromisse mit der bürgerlichen Opposition einging. Ersterer Fall trifft in Mannheim zu, letzterer in Offenburg. In Karlsruhe und Pforzheim, wo keine der Oppositionsparteien für sich allein den Sieg erringen könnte, kämpft die Sozialdemokratie Schulter an Schulter mit der freisinnigen Demokratie und in Ueberlingen sogar zusammen mit dem Centrum. Die Taktik richtet sich in jedem Wahlbezirk nach den jeweiligen örtlichen Verhältnissen, wobei allerdings überall das leitende Prinzip der Kampf gegen den Nationalliberalismus ist.

Da haben wir also bereits die verschiedenen Kompromisse, deren zersetzende und demoralisierende Wirkung die Wahrheit des Hamburger Vertrages so sehr befürchtet hat, und Baden, das bisher so oft das „Probierländchen“ für deutsche Regierungsexperimente war, ist es jetzt auch einmal für die sozialdemokratische Partei Deutschlands. Bis jetzt hat man nur allgemein konstatieren können, daß bei aller Einigkeit zwischen den Parteien der bürgerlichen Opposition und der Sozialdemokratie über das gemeinsam anzustrebende Ziel unsere Parteigenossen nirgends verfehlt haben, die prinzipiell trennenden Momente im Wahlkampf hervorzuhoben. So weil also ein Urtheil jetzt schon möglich ist, dürfte die Besorgniß vor dem Krebsübel der Korruption für die sozialdemokratische Partei Badens eine grundlose sein. Eine andere Frage ist es, wie sich diese Taktik des getrennt Marschirens und vereint Schlagens durch ihren Erfolg bewähren wird. Darüber werden die nächsten Tage Aufschluß geben.

Der Kampf gegen den Nationalliberalismus ist in Baden schon so alt, wie der Nationalliberalismus selbst.

Allein erst im Jahre 1891 wurde der erste zielbewusste Versuch zur Sprengung dieses Selbstklingels in der Kammer gemacht. In diesem Jahre trat auch die sozialdemokratische Partei zum ersten Male in die Wahlbewegung ein, und zwar gleich mit Erfolg. Seit 1891 hat Mannheim im zwei sozialdemokratische Vertreter im Landtag. Damals wie heute waren der direkte Anlaß zu den Sprengungsversuchen die verrätherischen Praktiken der liberalen Kammermehrheit in der Wahlrechtsfrage; dieses Jahr kam noch dazu die erbärmliche Haltung der nationalliberalen Partei in der Frage der preussischen Vereinsgesetz-Novelle und die traurige Handhabung des badischen Vereins- und Versammlungsgesetzes durch das von den Karthagern der nationalliberalen Kammerfraktion getragene Ministerium Eisenlohr, dessen Präsident sich während der letzten Legislaturperiode nicht gescheut hat, verschiedentlich Andeutungen darüber zu machen, daß er den Versuch machen werde, das badische Vereins- und Versammlungsgesetz nach preussischem Muster umzumodeln.

Es tritt eben in Baden die gleiche Erscheinung wie in den übrigen Einzelländern zu Tage, daß die Reaktion in den Landtagen das durchzudenken sucht, was in dem Reichstage nicht durchgedrückt werden kann.

Da unter der nahezu „jächselichen“ Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts und unter der Beschränkung der wenigen Volksfreiheiten durch den Eisenlohr'schen Beamtenapparat fast nur die Sozialdemokratie zu leiden hatte, so hätte sich die bürgerliche Opposition wegen dieser Eisenlohr'schen allein nicht zu dem entschlossenen Widerstande aufgeschwungen. Der Entrüstungssturm, der durch das ganze badische Volk geht, wurde erst geweckt durch die schamlose Haltung der Kammermehrheit in der Wahlrechtsfrage. Bei diesem dunkelsten Blatt in der Geschichte des badischen Nationalliberalismus müssen wir etwas länger verweilen.

Die Haltung der badischen Nationalliberalen in dieser Frage ist ebenso lehrreich als typisch für die Beurteilung der Zuverlässigkeit der Nationalliberalen überhaupt, und der Zynismus, mit welchem die Herren der Partei Dreh- und Umdrehung ihre verschiedenen Wandlungen und Schwankungen begründet, giebt der brutalen Offenheit der Zunker im preussischen Landtag nichts nach. Herr Landgerichts-Direktor Fiesler, der Führer der Nationalliberalen, begründete z. B. gelegentlich einer Besprechung der Wahlrechtsfrage in einer Versammlung den Widerstand seiner Partei gegen die Einführung des reinen direkten Wahlrechts mit dem klassischen Geständniß, bei direkten Wahlen ohne Kartellen „würde die Kammer fast nur aus Ultramontanen und Sozialdemokraten zusammengesetzt sein.“

Noch drastischer war die Begründung, „man könne doch den Nationalliberalen nicht zumuthen, den Ast abzuhacken, auf dem sie sitzen.“ — Mit jener Unverfrorenheit, mit welcher alle untergehenden Parteien auf ihr erlassenes angebliches Recht pochen, deduzirt der badische Nationalliberalismus die aus seiner Situation für jeden Staatsbürger erwachsende patriotische Pflicht, die nur auf dem Boden des indirekten Wahlrechts künstlich erzeugte nationalliberale Mehrheit der Kammer des Landes zu erhalten, jenes Landes, das mit seinem nur noch mit blutiger Ironie zitierten Beinamen des „liberalen Musterstaats“ bald nur noch neben Sachsen ehrenvoll genannt werden kann.

Mit jenen „Kartellen“ verhält es sich nun aber folgendermaßen: Als die Nationalliberalen sahen, wie sie sich mit ihrem allzu brutalen Auftreten gegen das direkte unverfälschte Wahlrecht bei der nicht zum Beamten- und Selbstklingel gehörenden Wählerschaft um allen politischen Kredit bringen würden, kamen sie in den Wahlen der letzten Jahre und auch dieses Mal mit dem Versprechen eines „angemessen gestalteten direkten Wahlrechts“, wie der für nationalliberale Verschwoommenheit und Unehrlichkeit charakteristische Ausdruck lautet. In welcher Weise sich die Nationalliberalen die „angemessene Gestaltung“ des direkten Wahlrechts denken, darüber giebt ihr im Jahre 1896 in der Kammer eingebrachten Gesetzesvorschlag genügenden Aufschluß. Nach diesem Vorschlag sollen nämlich außer den 63 direkt gewählten Abgeordneten 15 indirekt, nämlich nach dem für die Gemeindegewählten geltenden Modus gewählte Vertreter der Städte im „Karlsruher Rondel“ — wie man den Landtag nennt — Sitz und Stimme haben. Jener für Gemeindegewählten geltende Modus ist aber das Zensurssystem, welches den Nationalliberalen seit ausnahmslos zum Siege verhelfen würde. Mit den Pflichten dieses Klassenwahlgesetzes, wie es platonischer nicht gedacht werden kann, will also die Kammermajorität die Wunden heilen, die ihr das direkte Wahlrecht schlagen würde. — Allerdings ist bei der bekannten Treulosigkeit der nationalliberalen Partei nicht einmal das sicher, daß ihre Fraktion durch Wiedereinbringung auch nur eines solchen Vorschlags wie 1896 ihr Versprechen eines „angemessen gestalteten Wahlrechts“ halten wird. Denn im Grunde ist ihnen auch das direkte Wahlrecht mit Kartellen in der Seele verhaßt, und diesen Gefühlen hat jüngst ein eufant terrible der Partei, der „Abelheimer Vote“, in den gewählten Worten Ausdruck gegeben, die Nationalliberalen wollten das direkte Wahlrecht nicht, weil das Volk nicht reif genug sei, „weil es noch zu viele Halbhirn, Ganzhirn, Faulenzer, Tagediebe und Schnapskumpen“ gäbe. Dieses edle Bekenntniß einer nationalliberalen Zeitungsseite ist natürlich zum bleibenden Ruhme der nationalliberalen Partei in der ganzen Oppositionspresse fettgedruckt erschienen.

Wie liegt nun aber die Situation zahlenmäßig betrachtet? Von den 32 noch besetzten Mandaten haben die Nationalliberalen 15, das Centrum 9, die Freisinn-Demokraten 3, die Sozialdemokraten 2 und die Konservativen 3.

Von den 31 vakant werdenden Mandaten — (die Hälfte des Landtags wird nämlich alle 2 Jahre neu gewählt) — entfallen auf die Nationalliberalen 16, auf das Centrum 12, außerdem treten noch aus: Ein Demokrat, ein Konservativer und ein Wilder (der frühere „Sozialist“ Stgmüller).

Die bisher innegehabten 31 Mandate gaben den Nationalliberalen zusammen mit den Stimmen der Konservativen die knappe Mehrheit, mit welcher die Fraktion Drehscheibe seit 1891, wo sie von der souveränen Höhe ihrer Majoritätsherrschaft herabgestürzt worden war, die Opposition zum schweren Schaden der innerpolitischen Entwicklung des Landes terrorisirte. Auf dem Spiel stehen nun für die Nationalliberalen 6 städtische und 4 ländliche Wahlbezirke.

Die Möglichkeit der endgültigen Zertrümmerung der bisherigen Landtagsmajorität liegt aber in erster Reihe in den städtischen Wahlbezirken Mannheim, Heidelberg,

## Helene.

Roman in drei Büchern von Minna Kautsky.

(80. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Sidonie hatte auch diesen Toast mitgetrunken.

„Sie haben doch nicht am Ende Ihre Nama unten im Wagen gelassen?“ fragte sie Konrad plötzlich.

„Meine Mutter im Wagen?“, wiederholte Konrad, von dieser Voraussetzung frappirt.

„Sie hatte Dich abgeholt?“

„Natürlich, sie und einige Genossen, und sie haben mich sofort im Triumph nach Hause geschleppt und da gab's Blumen und allerlei Ueberraschungen und jetzt bäckt und brät sie wie für den verlorenen Sohn.“

„Ich sehe, Du hast Dich selbst mit einer Blume geschmückt und sie ist herrlich.“

„So schöne Rosen findet man nur bei Brunner“, bemerkte Frau Gebhart.

„Ich errathe, sie kommt Dir von einer Dame!“ fuhr May unbedachter Weise heraus.

„Ein Zeichen der Huld“, ergänzte Sidonie mit einem feinen Lächeln.

In das etwas bläuliche Gesicht Konrads schoß eine dunkle Flamme.

„Ein Zeichen des Mitleids für einen armen Menschen, der fünf Monate lang im Gefängniß saß“, versetzte er herbe, „und weil man den Häftling so ganz vergessen hatte, wirft man gütig dem Freigelassenen eine Blume zu.“

Konrad reichte sich verabschiedend dem Freunde die Hand, verbeugte sich vor der Dame, die sprachlos geworden ihn ansah und verließ, von dem Freunde bis zur Thüre geleitet, die Stube.

„Ein Gefangener?“ fragte Sidonie May, als dieser zu ihr zurückkehrte.

„Wegen Aufreizung zu Haß und Verachtung gegen die besitzenden Klassen zu fünf Monaten verurtheilt.“

„Ein politischer Schriftsteller?“

„Er läßt sich seine Artikel nicht bezahlen, er ist ein simpler Arbeiter, ein Proletarier, ich freue mich, daß er Dir offenbar so gut gefallen hat.“

Sie schlug erzürnt mit dem Fächer nach ihm.

„Du bist unausstehlich und heimtückisch obendrein!“

— „Meinen Mantel!“ rief sie dem eintretenden Diener zu.

Als sie aber an dem Tischchen vorbeikam, wo die drei Gläser standen, schlug ihr Aerger in das Gegentheil um, und sie lachte, wie man über ein glücklich überstandenes Abenteuer lacht.

„Er war wirklich nett, dieser Junge — aber mein Lieber, eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.“

Und sie lachte ihrem Schwager ins Gesicht und ging.

## XV.

Die Empfangsabend im Hause Gebhart, die mit einem vorzüglichen Souper ihren Abschluß fanden, versammelten allwöchentlich eine zahlreiche Gesellschaft, die sich aus den verschiedensten Elementen zusammensetzte.

Auch an diesem Abend erstrahlten die Salons im Glanze der Gasluster, aber noch war Niemand von den Gästen erschienen.

Der Herr des Hauses und sein Schwager v. Morre, der seit einer Woche wieder in München weilte, gingen, ihre Zigarretten rauchend, in dem neben dem kleinen Salon gelegenen Rauchzimmer, das im arabischen Stil gehalten war, plaudernd auf und nieder. Morre hatte sich in den zwei Jahren, die er in Aegypten zugebracht hatte, merklich verändert, sein Teint war gelber, sein

Haar schütterer geworden und ein noch abschreckenderer Zug lag um den feinen Mund, aber seine Haltung war von tadelloser Eleganz wie nur je vorher.

Heinrich Gebhardt präferirte sich als ein kleiner rundlicher Mann, glatt und von Sauberkeit glänzend, mit einer großen, neugierigen Nase und lebhaften Augen.

Sie pflegten munter nach allen Seiten zu schießen, um immer etwas Neues zu entdecken, das seine Lachlust reizen konnte. Heute erschien er indeß etwas herabgestimmt.

Der Besuch des Schwagers kam ihm höchst ungelogen.

Es war in diesen Tagen ein Geschichtchen in Umlauf gekommen — er wußte nicht, wer es verbreitet hatte — das eine für ihn verteuert unangenehme Konsequenz enthielt, er mußte wünschen, daß es das Ohr seines Schwagers nicht erreichen möge.

Er bemühte sich, möglichst unbefangen auszufragen und sehr heiter, er lächelte immer.

Seine Frau kam herein.

Sie trug eine lichte Toilette, einfach, ohne jeden Schmuck.

Er ging auf sie zu, um ihr einige bewundernde Worte zu sagen. Sie zuckte die Achseln; die Härlichkeit die er seit einigen Tagen wieder für sie zur Schau trug, verstärkte ihre Mißtrauen, und sie gab sich um eine Nuance kühler noch als gewöhnlich.

Sie wendete sich an den Bruder:

„Nun, hast Du bei Dr. Hartmann einen Besuch gemacht?“

„Gewiß.“

„Wie gefällt Dir Helene?“

Er sah sehr gleichgültig aus: „eine ganz angenehme Frau. Ich hätte nichts dagegen, beim Souper ihr Nachbar zu sein.“

Pforzheim, mit je einem Mandat und Karlsruhe mit 3 Mandaten. In 4 von diesen städtischen Bezirken, nämlich in Mannheim, Pforzheim und Karlsruhe (2 Bezirke) sind sozialdemokratische Kandidaten die Hauptgegner der Nationalliberalen. Der Sozialdemokratie fällt also in allererster Reihe die ehrenvolle Mission zu, das badische Volk von dem Alp der nationalliberalen Kammermajorität zu befreien. Sicher erscheint unser Sieg allerdings nur in Mannheim. Außer Karlsruhe und Pforzheim-Stadt, welche ziemliche Chancen haben, kommen als Wahlbezirke, in welchen unsere Partei schöne Fortschritte zu verzeichnen haben wird, wohl noch Pforzheim-Land und Offenburg-Stadt in Betracht. Dort ist ein Nationalliberaler, hier ein Demokrat unser Gegner. Im günstigsten Falle werden die Nationalliberalen zwei bis drei, im ungünstigsten Falle acht bis zehn Mandate verlieren.

So etwa liegt die Situation. Der 27. Oktober, der Tag der Urwahlen, wird in allgemeinen Urnissen schon erkennen lassen, ob das, was der Opposition im Jahre 1893 und 1895 nicht gelang, ihr dieses Mal, wo die Sozialdemokraten als Verbündete der bürgerlichen Oppositionsparteien im Wahlkampf stehen, gelingen wird, nämlich den durch den Eisenlohr'schen Peanthenapparat nur noch zu einem Scheinleben galvanisirten Leichnam der nationalliberalen Landtags-Majorität endgiltig dem politischen Grab zu übergeben.

## Soziales und Partei-Leben.

Zum Kampf der englischen Maschinenbauer. Das Hauptinteresse konzentriert sich jetzt auf die Frage: Werden die Parteien die bereits veröffentlichten Vorschläge des Handelsamtes annehmen, bzw. werden sie sich wenigstens auf Unterhandlungen einlassen? Wie „Daily Chronicle“ mittheilt, haben die Komitees beider Parteien bereits über die Einigungspunkte beraten, halten das Resultat aber geheim. Eine „Herold“-Depesche will wissen, daß John Burns den Arbeitern gerathen hat, die vorgeschlagene Konferenz anzunehmen.

Wie ganz anders die englische Geistlichkeit zu den wirtschaftlichen Kämpfen Stellung nimmt und nehmen darf, ohne fürchten zu müssen, gemahregelt zu werden, geht aus einem Schreiben hervor, welches „Daily Chronicle“ von einem der bekanntesten Kanzleiredner Londons, dem Kanonikus Scott Holland, erhielt. Dasselbe lautet:

„Bitte, das Eingeschlossene an den Schatzmeister des Gewerksvereins der Maschinenbauer abzuführen. Ich kann natürlich kein Urtheil über die streitigen Punkte abgeben, aber meine Ueberzeugung will ich nicht verhehlen, daß Gewerksvereine eine Lebensfrage für die Wohlfahrt der Arbeiter sind und daß Vermittlung seitens des Staates moralisch obligatorisch ist, wenn ein industrieller Konflikt den Umfang und den Ernst der jetzigen Arbeitssperre erreicht hat.“

Ganz ähnlich schreibt Kanonikus Barnett, der gleichfalls Geld schickt: „Ich glaube, daß für das nationale Leben gefährliche Kräfte zur Macht gelangen, sobald man die Gewerksvereine sich zu Tode bluten läßt.“

Geroffe Viebknecht erhielt das nachstehende Schreiben:

„Londen, 22. Oktober 1897. Genosse! Bitte übermitteln Sie durch den „Vorwärts“ und andere Ihnen zur Verfügung stehende Organe unseren wärmsten Dank für die uns von deutschen Arbeitern in unserem Kampf geleistete Hülfe. Die Saite der internationalen Zusammengehörigkeit ist berührt worden und die gemeinsame Sache wird, als Ergebnis dieses Kampfes, gefördert werden.“

„Das geht nicht, Minister Vermina würde es mir niemals verzeihen, wenn ich ihn nicht an ihre Seite setze.“

Morre hob den Kopf:

„So, sie läßt sich also von dem alten Vermina den Hof machen?“

„Er ist der erste, der ihren Geist entdeckt hat — und das schmeichelt ihr.“

„Und noch mehr ihren Mann,“ lächelte Gebhart.

„Ich begreife das, wir Männer sind gern stolz auf unsere Frauen.“

Er beugte sich über sie, die sich soeben gesetzt hatte und küßte sie auf die Schulter.

Sie zuckte zusammen.

„Ob wir auf diesen Stolz immer stolz sein können, das ist die Frage,“ erwiderte sie herb.

„Du bist immer geistreich und paradox, Eidonie,“ lächelte er und sah dabei so de- und wehmüthig aus, daß Morre sich umwenden mußte, um nicht laut aufzulachen.

Die ersten Gäste wurden gemeldet und ein halbe Stunde später waren die Gesellschaftsräume des Palais Gebhart bereits ziemlich gefüllt.

Eben rauschte Betty am Arme ihres Vaters herein im Wohlgefühl ihrer Schönheit und ihrer gesellschaftlichen Bedeutung. Ihre Robe war neu und neu die Brillanten-Kiwiere, die ihren Hals schmückte. Sie war ein Geschenk, das die letzte Arbeit ihres Mannes ihr eingetragen hatte.

Bildhauer Lust, unscheinbar und nachlässig wie immer, die großen Hände schlecht behandschuhet, trippelte mit den kurzen Beinen neben ihr her.

Auf seinem bleichen Gesichte lag eine naive Freude,

Deutschland ist uns näher gebracht worden und die hochherzige Art, in welcher die Holzarbeiter, die Metallarbeiter, die Buchdrucker und andere Arbeiter Deutschlands auf unsern Appell geantwortet haben, wird von den englischen Arbeitern nie vergessen werden. Die Arbeitgeber haben, indem sie uns zum Kampf zwangen, mehr für den Fortschritt der Sache, an der wir theilhaftig sind, gethan, als wir während vieler Jahre ruhiger Arbeit hätten thun können. Ich hege die feste Ueberzeugung, daß nach Beendigung dieses Kampfes die englischen und deutschen Arbeiter sich eng aneinander geschlossen haben. Die angeländigten Beziehungen müssen aufrecht erhalten und die Arbeiterbewegung in England und die in Deutschland in ein nahe und dauerndes Bundesverhältnis gebracht werden. Der Tod unseres Genossen Grillenberger hat uns tief betriibt, und wir sprechen seinen trauernden Hinterbliebenen unser tiefstes Beileid aus. Wie wissen, was er für die deutschen Arbeiter gewesen ist und wir hoffen, daß Andere durch sein Beispiel ange-regt werden, so daß das Gute, was er that, noch ihm fortlebe. Den deutschen Metallarbeitern sowie auch allen anderen Genossen und Freunden in Deutschland übermittle ich hiermit die besten Wünsche aller britischen Metallarbeiter. Der Hrige und der Sohn der Arbeit:

Dies der Brief. Er zeigt, wie dieser, von den englischen Unternehmern feivol vom Baum gebrochene Streit der Sache der Arbeiter und der Internationalität mächtigen Vorschub leistet. Das Original sagt sogar noch mehr. Es spricht nicht bloß von einem Bundesverhältnis, sondern direkt von einem Bund, einer Allianz (alliance). Das ist ein schwerwiegendes Wort, das eine Epoche in der internationalen Arbeiterbewegung anzeigt. Ein Bund der englischen Arbeiter mit den Arbeitern des Festlandes ist ein Ereigniß von ungleich höherer kultureller und politischer Bedeutung als der Dreibund und der Zweibund zusammengekommen.

## Ans Ich und Fern.

Hamburg. Die Feuerwehr gilt bekanntlich als „Mädchen für Alles“ und ist nicht nur Brände zu löschen, sondern muß auch bei Wasser- und Dampfgeschäften eingreifen, gestürzte Droschkengänge wieder auf die Beine bringen, in die Dammgrube gefallene Kühe aus ihrer peinlichen Lage befreien, hungernde Kraken aus den Bäumen herabholen, Bienenschwärme einfangen, Krähenester zerstreuen usw. Herr Brunsart von Schellen-dorf wies ihr sogar die Aufgabe zu, den „Umsturz“ mit der Feuerspritze zu bekämpfen. Montag Abend wurde sie von der Polizei, der Abwechslung wegen, auch einmal zur Verfolgung eines entsprungenen Verbrechers requirirt. Ein „schwerer Junge“ war auf der neuen Elbbrücke seinem Transporteur entsprungen und hatte sich plötzlich unsichtbar gemacht. Die hiervon verständigte Kriminalpolizei war Anfangs rathlos. Schließlich kam sie auf die Idee, die Feuerwehr zur Absuchung des Brückenbaues zu requiriren. Ein Oberfeuerwehrmann und vier Feuerwehrleute machten sich an die Arbeit und fanden nach etwa halbstündigem Suchen den entsprungenen Sünder im Schilf versteckt unter einem Brückenbogen auf einem Pfeiler hockend vor.

Spitzbubenhumor! Ein lustiges Stückchen wird dem „Berl. Lok.-Anz.“ aus dem Passage-Panoptikum berichtet. Unter den dort ausgestellten Wachsfiguren befindet sich auch die bekannte Dichterin der „Goldenen Hundertzehn“, die in sitzender Haltung wiedergegeben ist, den Kopf sinnend gebeugt, in der einen Hand eine Papierrolle, in der anderen einen Bleistift. Vor kurzem verschwand dieser, und auch in der Folgezeit wurden die stets er-

daß die Erscheinung seiner Frau eine so allgemeine Bewegung im Saale hervorgerufen hatte.

Bald waren sie umringt.

Er glossirte nicht ohne Wiß die Komplimente, die man ihr machte und überließ sie dann ihren zahlreichen Bewunderern.

Er gedachte sich in das Rauchzimmer zu retten, als eine junge Dame mit einem lauten Ausruf des Entzückens ihm entgegentrat.

„Die — o Gott!“ seufzte er und versuchte eine Wendung.

Aber wie ein geschickter Waldmann das Wild, wußte sie ihn zu stellen, daß er nicht aus und ein konnte und vor ihr stehen blieb.

Sie war ein kleines, nettes, reich und excentrisch herausgeputztes Figürchen, das einen Riesensächer in immerwährender Bewegung hielt.

Dickes und schwarzes Kraushaar, das tief in die Stirne fiel, verengte das winzige Gesichtchen noch mehr, aus dem zwei Augen hervorglühten, die von dunklen, mächtigen Brauen überwölbt waren und meist einen unglücklichen schmachtenden Ausdruck zeigten.

Man nannte sie scherzhaft die traurige Millionärin, oder die Lotosblume, weil sie erst kürzlich von Indien zurückgekehrt war.

Lust, dem jede Ziererei zuwider war, und geistreiche Damen insbesondere, versuchte gleichwohl seine Stirne zu glätten, und wenn er auch von einem Fuß auf den andern trat, was er immer that, wie ungeduldige Menschen, sein Mund zeigte ein zuvorkommendes Lächeln, denn die kleine Frau war eine Kundin, bei der der Preis keine Rolle spielte.

Er sollte in den nächsten Tagen mit ihrer Wüste beginnen, und wie er jetzt vor ihr stand, ließ er seinen

neuernten Bleistift eskamotirt. Die Direktion eruchte darauf den Bleistift durch einen an der Spitze geschwärtzten Holzstift von gleichem Aussehen. Auch dieser verschwand spurlos. Dafür erhielt die Direktion gestern einen Brief aus Magdeburg des folgenden Inhaltes: „Anbei sende Ihnen die Imitation des Bleistiftes, den ich bei meinem Dortsein in der Anstalt, daß es ein echter sei, der „Dichterin der „Goldenen 110“ (siehe Katalog 126) für immer entliehen habe, zurück. Solche harte Nummer ist mir noch nicht vorgekommen. Sie haben mich entschieden damit betrogen. Von einem Strafantrag wegen Vorspiegelung falscher Thatfachen will ich vorläufig noch absehen. Ich bin allwöchentlich in Neptomanie-Angelegenheiten drüber und werde beim nächsten Dortsein kontrolliren, ob dann ein Original (ich empfehle Faber Nr. 2 als meine Lieblingsnummer) an Stelle dieser raffinierten Imitation getreten ist. Ich überlasse es Ihren Berechtigungsgefühlen, mir das Porto zurückzusetzen. Auf Wiedersehen! Franzosen Langfinger, Schriftführer des Internationalen Verbrecher-Verbandes.“ In dem Briefumschlag, der den Vermerk „Vorsicht! Ausstellungsobjekt“ trug, befand sich der falsche Bleistift. — Reklame?

Alt gefreit. Nicht zu den Alltäglichkeiten kann es gezählt werden, wenn eine Jungfrau von 70 Jahren zum Altar geht. Und wenn dieser „jungen Braut“ dann prophezeit würde, sie werde noch den Silberkranz des fünfundsanzwanzigjährigen Ehejubiläums tragen, so blieben Wenige solcher Vorherverkündung Glauben schenken. In dem Dorfe Bracht bei Dülken (Regierungsbezirk Düsseldorf) ist aber dieser seltsame Fall zu verzeichnen. Am Montag, dem 18. Oktober, waren 26 Jahre verfloßen, seit der damals 59jährige Bräutigam Math. Domges mit der 60jährigen Jungfrau Katharina Vorsch sich vermählte. Jetzt zählt der Mann 84, die Ehefrau der Jahre 95, und beide Ehegatten erfreuen sich noch heute einer Mäßigkeit, um die mancher Jüngere sie beneiden könnte.

Schreckliches sieht bevor, vielleicht gar ein Krieg zwischen den beiden Großherzogthümern Baden und Hessen. Ueist und schaudert! Der Hofbericht der „Karlsruher Zeitung“ meldet: Die großherzoglichen Herrschaften hielten die Absicht, heute früh nach Darmstadt zu reisen, um dem Kaiser und der Kaiserin von Rußland und dem Großherzog und der Großherzogin einen Besuch abzustatten. Der Großherzog erhielt auf seine Anfrage gestern Abend die Antwort, der Kaiser habe schon über die Tage bis zu seiner Abreise von Darmstadt verfügt und könne die großherzoglichen Herrschaften daher nicht mehr empfangen. — Dazu meldet ein Privattelegramm der „Frankfurter Btg.“: Karlsruhe, 24. Oktober. In den hiesigen Kreisen wird eine heute Abend erscheinende Hofnachricht lebhaft besprochen. Die schroffe Form der Hofnachricht läßt auf eine tiefe Verstimmung des hiesigen Hofes schließen, der sich heute Abend nach Baden begeben hat. — Zwar hat Reuters Bureau von einer Mobilmachung in Baden und Hessen noch nichts gemeldet, aber immerhin wird es gut sein, schon jetzt sich auf „Eventualitäten“ gefaßt zu machen, um ihnen, wenn sie eintreten, mit männlicher Würde in's Angesicht sehen zu können.

Um den Kirchenbesuch zu heben, hat der Pastor von Oberdorf in Thüringen den Wunsch geäußert, daß am Sonntag kein Mittagessen gekocht werden soll. Dasselbe soll vielmehr schon des Sonnabends geschehen, damit das Essen am Sonntag nur aufgewärmt zu werden braucht. Dieser gute Rath ist aber bis jetzt noch unerfüllt geblieben, weil die Frauen froh sind, wenn sie des Sonntags einmal ein richtiges Mittagessen kochen können, denn in vielen Fällen fehlt oftmals an Wochentagen die erforderliche Zeit dazu.

Blick über ihren Körper hinweggleiten, gierig nach Formen suchend.

„Was soll ich da modelliren“, dachte er wehmüthsvoll, „die ist ja nur Tüll und Frisur.“

Sie hatte seinen Arm genommen und ging plaudernd mit ihm auf und nieder.

Sie sprach von ihrem Enthusiasmus für alles Schöne und wie sehr sie mit seiner künstlerischen Auffassung sympathisirte.

„Wir sind Beide Idealisten und Romantiker durch und durch; ich streite auch mit Jedem, der Meister Lust der realistischen Schule zuzählen möchte — welche Herabsetzung des Göttlichen — Sie müssen dagegen doch protestiren!“

„Das ist mir ganz egal“, sagte er trocken, „realistisch oder idealistisch, ich mach' es halt wie ich es sehe, wie ich es empfinde, wie mir's in den Fingerspitzen sitzt. Ich möchte immer, sei es ein großer oder ein kleiner Auftrag, mein Bestes geben. Das ist mein ganzes künstlerisches Bekenntniß.“

„Das zeigt mir den Idealmenschen in seiner Größe“, rief sie wie hingerissen mit ihrem dünnen Stimmchen, indem sie sich sanft an ihn lehnte. „Nur mit Euch Ausgewählten möchte ich verkehren, die Welt ist aber profaisch geworden und ich bin so unglücklich!“

Und die traurige Millionärin sah mit einem schönen, weltchmerzlichen Blick zu dem Bildhauer empor.

„O Gott“, seufzte er wieder in sich hinein.

Ihr Vater war ein übel beleumundeter Kornwucherer gewesen und sie trug ihre Abstammung wie eine Dornenkrone mit sich herum.

Freilich, es war eine reich vergoldete, mit Brillanten geschmückte, die ihren Glanz über sie ausstrahlte.

(Fortsetzung folgt.)